

# Die Familien sind die Dummen

In seiner Kolumne nimmt Prof. Dr. Patrick Sensburg, stellvertretender KKV-Bundesvorsitzender und Professor an der Hochschule für Polizei und Verwaltung NRW, Köln, die Familien- und Sozialpolitik der Bundesregierung in den Blick. Dabei kritisiert er eine das Gemeinwohl belastende Umverteilungsmentalität und gibt Empfehlungen, wie die Eigenverantwortlichkeit von Familien gestärkt werden kann. Von 2009 bis 2021 gehörte Prof. Sensburg für die CDU als Abgeordneter dem Bundestag an. Er ist zudem Präsident des Verbands der Reservisten der Bundeswehr.

KSZ

K O L U M N E

## Die Familien sind die Dummen

V O N P A T R I C K S E N S B U R G

Familien sind die Keimzellen der Gesellschaft. In ihnen sollen Kinder erzogen und der Zusammenhalt der Generationen von jung bis alt gelebt werden. Durch die Unterstützung der ganzen Familie sollen Werte erarbeitet und auch an nächste Generationen weitergegeben werden. Nach dem Prinzip der Subsidiarität soll der Staat erst ins Spiel kommen, wenn die Familien Aufgaben nicht leisten können und es der Staat auch wirklich besser kann. Bevor der Staat aber eingreift, muss alles darangesetzt werden, Familien bei ihrer Aufgabenerfüllung zu unterstützen.

Soweit die Theorie! Tatsächlich hat die Politik Familien der Mittelschicht in den letzten Jahren immer stärker belastet. Anstatt sie von Steuern, Abgaben, Aufgaben und Bürokratie zu entlasten, findet seit Jahren eine Umverteilung aus der Mittelschicht statt. Hierdurch wird eine immer größere Abhängigkeit von erheblichen Teilen der Bevölkerung vom Staat geschaffen. Sozialausgaben machen über 50 Prozent des Bundeshaushaltes aus und werden in den kommenden Jahren noch deutlich ansteigen. Immer mehr Menschen nehmen staatliche Gelder und Sozialtransfers in Anspruch und kommen dadurch in eine Abhängigkeit vom Staat. Aufbringen müssen diese Gelder die Steuerzahler. Zugleich schwindet das Verantwortungsgefühl in unserer Gesellschaft und selbst bei der Erziehung und Bildung unserer Kinder geht inzwischen Staat vor Familie und kaum einen regt es auf. Da passt es ins Bild, dass wir aktuell eine Debatte über die Einschränkung des Elterngeldes und die Streichung des Ehegattensplittings erleben. Anstatt Anreize zu schaffen, dass Menschen aus Sozialleistungen wieder in Eigenverantwortlichkeit gelangen, will man entweder Familien den Elterngeldanspruch nehmen und so gerade gut ausgebildeten Frauen eine eigenen Anspruch und die damit verbundene Freiheit weg kürzen. Zum anderen bringt man die Streichung des Ehegattensplittings ins Spiel, ohne überhaupt an eine Fortentwicklung im Sinne eines Familiensplittings nachzudenken. Wenn in einer Gesellschaft das Gefühl besteht, dass zwischen dem verfügbaren Einkommen einer Familie und den Möglichkeiten, die Sozialleistungen einräumen, kein hinreichender Abstand mehr besteht, schwindet die Bereitschaft, die Lasten der Schwachen über Steuern und Abgaben solidarisch mitzutragen. Die teilweise von allen Seiten unsachlich und ideologisch geführte Diskussion zeigt dies.

Was können wir aber machen? Familienpolitik muss die Mittelschicht in den Blick nehmen und darf endlich kein „Gedöns“ mehr sein. Eine Enquete-Kommission sollte alle bestehenden Gesetze und Vorschriften untersuchen, wie man die Eigenverantwortlichkeit von Familien wieder stärken kann. Deutschland braucht den Mut, über die gesamte Politik die Überschrift „Familie“ zu schreiben. Ich traue uns diesen Mut zu.